



Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.



Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.
German Building Materials Association



Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.

Gemeinsame Stellungnahme: Stopp des EU Soil Monitoring Law

Berlin, 26. September 2025

Die Bundesregierung muss umgehend Allianzen mit anderen EU-Mitgliedstaaten schmieden, um das im Koalitionsvertrag selbst gesetzte Ziel zu erreichen, das EU-Gesetz zur Bodenüberwachung zu stoppen. Um den Wirtschaftsstandort Europa und die heimische Produktion zu erhalten, sind endlich klare Entscheidungen gegen unpraktikable Vorschriften nötig. Auch hier ist es eine Minute nach zwölf!

Mit dem Clean Industrial Deal, dem EU-Wettbewerbskompass sowie den „Omnibus-Paketen“ hat sich die EU-Kommission ausdrücklich für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Reduktion der bürokratischen Auflagen verpflichtet. Diese neuen politischen Grundsätze werden von weiten Teilen des EU-Parlaments unterstützt und setzen richtigerweise auf die Prinzipien Freiwilligkeit vor Verpflichtungen, finanzielle Anreize vor Ordnungsrecht und die Umsetzung bestehender Vorschriften vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften. Das EU-Bodenüberwachungsgesetz würde die politischen Ziele der EU untergraben und ihnen eindeutig zuwiderlaufen. Die von der EU-Kommission bereits angedeutete Verschärfung in der Zukunft würde zu einer unverhältnismäßig starken Einschränkung und Beeinträchtigung von wirtschaftlichen Tätigkeiten im Zusammenhang mit Boden führen. Konsequenterweise muss auch das Gesetz hinsichtlich seiner Auswirkungen auf Bewirtschaftungspraktiken und Dokumentationsaufwand gestoppt werden. Bürokratieabbau darf nicht mit einem parallelen Bürokratieaufbau an anderer Stelle konterkariert werden.

Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Rohstoffgewinnung unterstützen eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Böden als wichtiges umweltpolitisches Ziel wie dies in zahlreichen etablierten und funktionierenden Bodenschutzgesetzen der EU-Mitgliedstaaten bereits der Fall ist. Überflüssige Doppelregulierungen aus Brüssel wie das Soil Monitoring Law sind hingegen abzulehnen.